

Pressemitteilung

5. Mai 2014

Expertenumfrage anlässlich Rentenanhörung

Ökonomen lehnen Rentenpaket ab

Berlin – Die Umsetzung des Rentenpakets wäre auch aus Sicht führender Ökonomen ein Fehler. Die Rente mit 63 und die Mütterrente sind ungerecht, führen zu steigenden Beitragssätzen, verschärfen den Fachkräfteengpass auf dem Arbeitsmarkt und werden daher von vielen renommierten Wirtschaftswissenschaftlern abgelehnt. Das ergab die Befragung von 109 Wirtschaftsprofessoren durch die **IW-Consult**, ein Tochterinstitut des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. „Die führenden Ökonomen des Landes lehnen das Rentenpaket ab. Dieses gewichtige Urteil sollten die Abgeordneten auch nach der heutigen Anhörung entsprechend einkalkulieren“, so **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der **INSM**.

Von den 109 befragten Professoren lehnen 100 die abschlagsfreie Rente mit 63 ab. 86 sprechen sich gegen die Ausweitung der Mütterrente ab. 83 lehnen beide Maßnahmen ab. Die klare Ablehnung zeigt sich auch bei den erwarteten Auswirkungen: Die Professoren sind mehrheitlich (84) der Meinung, dass die Altersversorgung durch das Rentenpaket nicht gerechter wird. Nur 24 gehen davon aus, dass das Rentenpaket mehr Gerechtigkeit schafft. Stattdessen rechnen beinahe alle (102) befragten Experten mit steigenden Rentenbeiträgen. 76 Ökonomen befürchten darüber hinaus, dass sich mittel- und langfristig der Fachkräfteengpass auf dem Arbeitsmarkt verschärft. „Die Rentenpläne der Bundesregierung sind vollkommen unverantwortlich, weil sie der Rentenversicherung aufgrund eines geringen aktuellen Polsters hohe langfristige Mehrausgaben aufbürden“, kommentiert der Rentenexperte **Prof. Dr. Friedrich Breyer** von der Uni Konstanz die Pläne der Bundesregierung.

In den momentan diskutierten Plänen zur Flexibilisierung des Renteneintritts sehen die Ökonomen dagegen mehrheitlich Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Unternehmen könnten länger auf erfahrene Mitarbeiter zurückgreifen und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Die Befürchtung, dass durch längere Beschäftigung der Älteren die Arbeitsmarktchancen junger Arbeitnehmer beeinträchtigt werden könnten, ist aus Sicht der Ökonomen unbegründet. Nur 19 Befragte fürchten eine Verdrängung, 85 glauben dies nicht.

Die vollständigen Umfrageergebnisse und zahlreiche Zitate der befragten Professoren finden Sie unter www.insm.de/Generationengerechtigkeit

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de